

## Haushaltsrede Haushalt 2012 der Stadtkämmerin

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Aufstellung des Haushaltes war wie in jedem Jahr erneut ein großes Stück Arbeit und ich möchte mich diesmal ganz am Anfang meiner Rede bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht nur für die damit verbundene Arbeitsleistung bedanken, hier ist insbesondere Herr Monscheidt und sein Team zu nennen, sondern danken möchte ich auch für das konstruktive Miteinander, für das Verständnis für meine oft lästigen Fragen und das Hinterfragen der angemeldeten Ansätze. In den Budgetgesprächen wird mir immer wieder die hohe Fachkompetenz unserer Verwaltung, das Engagement für die Sache und die abgewogene und bodenständige Lagebeurteilung bewusst. Herzlichen Dank auch an Frau Bürgermeisterin Unger und die Kollegen im Verwaltungsvorstand für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir – bevor ich auf den Haushaltsentwurf 2012 eingehe – einen kurzen Rückblick auf die vergangene Periode, damit wir einordnen können, wie unsere Ausgangsposition ist.

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 - 2010 sind auch an Gütersloh nicht spurlos vorübergegangen. Allerdings sind die Jahresergebnisse besser ausgefallen, als die Planungen befürchten ließen. Letztmalig im Jahr 2007 konnte im Jahresabschluss ein leichter Überschuss von 3,3 Mio. € erwirtschaftet werden. Aufgrund erheblicher Steuermindereinnahmen mussten die Jahre 2008 bis 2010 mit großen Jahresfehlbeträgen zwischen 4,9 und 13 Mio. € abgeschlossen werden.

Mit erheblicher Kraftanstrengung ist es durch Konsolidierungsmaßnahmen gelungen, den Zuschussbedarf der Fachbereiche über 4 Jahre insgesamt stabil zu halten, wobei bei differenzierter Betrachtung festzustellen ist, dass die Steigerungen im Bereich Jugend, Bildung, Soziales von fast 10 Mio. € in dieser Zeit durch Konsolidierungsmaßnahmen in übrigen Bereichen aufgefangen werden konnten.

Der sich abzeichnende Jahresabschluss des Noch-Krisenjahres 2010 wird wohl mit einem Defizit von 12 Mio. € abschließen. Das Jahr 2011 hoffen wir vor etwaigen Rückstellungen mit einer schwarzen Null abschließen zu können. Da die Defizite dieser Jahre insgesamt geringer ausgefallen sind als eingeplant, steht uns am Ende dieses Jahres noch ein Teil der Ausgleichsrücklage zur Verfügung. Das Gespenst der Haushaltssicherung ist erst einmal gewichen.

Auf der Liquiditätsseite konnten zwischenzeitlich entstandene Kassenkredite ausgeglichen werden. Allerdings haben wir in den vergangenen Jahren keine ausreichenden Überschüsse erwirtschaften können, um die Investitionsmaßnahmen der Stadt Gütersloh ohne neue Kreditaufnahme durchzuführen. So hat sich der Schuldenstand der Stadt Gütersloh von 94,7 Mio. € zum 31.12.2008 auf 109,5 Mio. € zum Ende dieses Jahres erhöht. Immerhin eine Erhöhung um 15 Mio. €. An eine Schuldenbremse oder gar einen Schuldenabbau konnte in den vergangenen Jahren nicht gedacht werden.

Allerdings sind für diese Kreditaufnahme auch Werte geschaffen worden. So sind in den Jahren 2008 bis 2010 Investitionen von insgesamt 77,7 Mio. € geleistet worden, davon entfallen z.B. allein 23,9 Mio. € auf den Bereich Bildung und Jugend; 17,8 Mio. € auf den Bereich Tiefbau und Entwässerung und 16,4 Mio. € auf den Bereich der sonstigen Immobilien- und Gebäudewirtschaft, um nur die größten Blöcke herauszugreifen. Weitere 31 Mio. € sind an Investitionsmitteln für das Jahr 2011 zur Verfügung gestellt worden. Diese gewaltige Investi-

tionsmenge kommt neben den Gütersloher Bürgern zu einem guten Teil auch der heimischen Wirtschaft zugute und trägt zu Auskommen und Beschäftigung bei.

Wir haben also die Krisenjahre besser hinter uns gebracht als ursprünglich befürchtet, auch wenn wir den Schuldenstand erhöhen und unsere Ausgleichsrücklage massiv abbauen mussten. Was uns gut täte, wäre eine Reihe von Jahren wirtschaftlicher Stabilität. Ob dies so kommen wird, lässt sich momentan nicht sagen. Durch die neue Euro-Schuldenkrise ziehen bereits düstere Wolken am Horizont auf, die in den letzten Wochen immer dunkler geworden sind. Eingeplant in den städtischen Haushalt haben wir eine neuerliche Rezession nicht. Die Annahmen basieren entsprechend den Bundes- und Landesvorgaben auf einer zwar im Wachstum abgeschwächten, aber nicht auf einer schrumpfenden Konjunktur. Insbesondere die folgenden Jahre des Finanzplanungszeitraums sind daher mit einem großen Fragezeichen versehen. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als auf Sicht zu fahren und jedes Haushaltsjahr immer wieder neu auszutarieren.

Für die Gewerbesteuereinnahmen gehen wir 2012 von 55,2 Mio. € aus, einer leichten Steigerung gegenüber den Planzahlen des Jahres 2011, die aber hinter den Istennahmen dieses Jahres etwas zurückbleiben. Die Einkommenssteuer soll nach den Annahmen der Steuerschätzung auf 33 Mio. € steigen. Erfreulich sind die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 14,5 Mio. €, die wir im kommenden Jahr vom Land erhalten werden. Ursache dafür sind eine Reihe von strukturellen Veränderungen auf der Bedarfsseite. Die Stadt profitiert hierbei in erster Linie von einer geänderten Gewichtung der Einwohner sowie der Schüler beim Schüleransatz und der stärkeren Gewichtung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten beim Zentralitätsansatz.

Im Jahr 2012 steigt die Kreisumlage für die Stadt um mehr als 3 Mio. € auf nunmehr 44,3 Mio. €. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs einschließlich Landschaftsverbandsumlage und auf Mehrkosten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB II – Stichwort Option - zurückzuführen. Die steuerlichen Mehreinnahmen reichen wir damit komplett an den Kreis weiter.

So rechnen wir insgesamt mit einem Überschuss des Finanzbudgets von 69,9 Mio. €, also lediglich 200 T€ mehr als in diesem Jahr, welcher uns zur Finanzierung der städtischen Aufgaben zur Verfügung steht.

Da auch der Zuschussbedarf der Fachbereiche im Jahr 2012 insgesamt gesehen stabil bleibt, planen wir das Jahresergebnis 2012 auf gleichem Niveau wie im Jahr 2011, konkret mit einem Defizit von 3,88 Mio. €. Während ich in diesem Jahr aber bereits bei der Verabschiedung des Haushalts gesagt hatte, mit etwas Glück haben wir die Chance auf eine schwarze Null, brauchen wir im Jahr 2012 eher das konjunkturelle Glück, das geplante Ergebnis am Ende auch zu erreichen.

Da sich konjunkturell bedeutsame Ereignisse und pessimistischere Lageeinschätzungen momentan überschlagen, kann ich nicht ausschließen, dass wir im Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts im März noch nach unten korrigieren müssen. Es ist deshalb weiterhin Zurückhaltung bei der Ausgabenpolitik geboten, insbesondere auch im Hinblick auf die Folgejahre. Hier zeichnet sich nach den Planungen der Fachbereiche bereits jetzt ab, dass die Phase der Ausgabenstagnation nicht länger aufrecht erhalten werden kann.

Ein höheres Augenmerk sollte künftig auf die Entwicklung des Schuldenstandes gelegt werden. Ich habe schon in der Haushaltsveranstaltung im September darauf hingewiesen, dass wir auf Dauer höhere Überschüsse erwirtschaften müssen, damit wir unsere Investitionen im Wesentlichen aus eigener Kraft finanzieren können. Dies tut die Wirtschaft übrigens auch. Die Industrieunternehmen haben in den letzten Jahren ihre Eigenkapitalbasis wesentlich verbessert und sich damit ein Stück unabhängiger von den Kreditinstituten gemacht.

Die Stadt Gütersloh hat einen angemessenen durchschnittlichen Investitionsbedarf von mindestens 20 Mio. € jährlich. Dies entspricht in etwa der Höhe unserer Abschreibungen. Kommen erhebliche Neuinvestitionen hinzu, ist der Investitionsbedarf in einzelnen Jahren auch mal höher. Zwischen 9 und 12 Mio. € können wir durch Zuschüsse des Landes, durch Beiträge oder Verkaufserlöse finanzieren. Die Restfinanzierung müsste eigentlich durch Überschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet werden, sonst werden es Schulden.

Für den Haushalt 2012 sind Investitionen in einer Gesamthöhe von 24 Mio. € mit einer Kreditaufnahme von 7,7 Mio. € in den Haushaltsentwurf eingestellt. Abzüglich planmäßiger Tilgungsleistungen für unsere Altkredite verbleibt eine Nettoneuverschuldung von ca. 3,7 Mio. €. Dies ist eigentlich für ein Haushaltsjahr mit vergleichsweise guter Ertragslage nicht vertretbar. Allerdings werden selten alle eingeplanten Investitionen auch in dem betreffenden Jahr durchgeführt. Meistens geht es aber nur um Verschiebungen in Folgejahre. Wir werden Anfang des Jahres sehen, welche Ermächtigungsübertragungen die Fachbereiche beantragen und dann das Investitionsbudget zusammen mit den Übertragungen unter Berücksichtigung einer vertretbaren Kreditaufnahme endgültig festlegen müssen.

In den Folgejahren werden die Liquiditätsüberschüsse aber voraussichtlich noch kleiner werden. Da wir größeres Konsolidierungspotential objektiv nicht mehr haben, gehört zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik auch das Nachdenken über Steuererhöhungen. Alternativ müsste eine Senkung der Investitionen vorgenommen werden. Dies kann für einzelne Jahre eine Lösung sein, über mehrere Jahre gesehen wäre das fatal und würde, genauso wie ein hoher Schuldenstand, die Lösung der Probleme auf die Zukunft verschieben. Zur intergenerativen Gerechtigkeit gehört die Übergabe der Infrastruktur in einem funktionellen Zustand genauso wie ein maßvoller Schuldenstand. Wir müssen der heutigen Generation zumuten, ihre öffentlichen Leistungen sowie ihre Infrastruktur auch selbst zu bezahlen.

Ich weiß nicht, ob es nur ein subjektiver Eindruck ist oder ob es sich zahlenmäßig belegen ließe, dass wir es in diesem Jahr mit besonders vielen und heftigen Bürgerprotesten zu tun haben, bei denen es vielfach um die Verhinderung oder Rückgängigmachung von Konsolidierungsmaßnahmen geht. Ich erwähne nur die Proteste um die Tarifänderungen bei den Gütersloher Bädern, die Diskussionen um die selbständige Nutzbarkeit des Freibadteils der Welle, die Aktionen rund um die Ausstattung eines neuen Hallenbades oder beim Abbau kleinerer Spielplätze, die Proteste rund um den Modellversuch „dial4light“ oder die Diskussionen um die Gebührenbefreiung für Geschwisterkinder im Bereich der Kindertagesstätten. Auch die diesjährigen Vorschläge im Bürgerhaushalt beziehen sich oft auf Sachverhalte, die am Ende zu einer höheren Haushaltsbelastung führen würden. So werden Preissenkungen oder gar Preisfreiheit für den ÖPNV oder die Bäder gefordert.

Medial werden bei solchen Bürgerprotesten oft schwere Geschütze aufgeföhren, da ist sofort von einer kinderfeindlichen Stadt die Rede, von Missachtung der Belange des Sports, es wird gar eine Zunahme von Ertrinkungsoffern prognostiziert oder von Gewalttaten in dunklen Wohngebieten. Man könnte es auch positiv werten, dass bei uns die öffentliche Aufregung nur um obige Sachverhalte kreist und wir wahrhaft existentielle Probleme, wie wir sie aus anderen Ländern der Welt täglich im Fernsehen sehen, nicht zu haben scheinen.

Ich habe den Eindruck, als ob der Bürger es häufig nicht erkennt oder nicht wahrhaben will, dass die Lage der öffentlichen Haushalte etwas mit ihm und seinen Bedürfnissen, Wünschen und Forderungen nach einem Rundum-Sorglos-Paket zu tun hat.

Der von der Stadt Gütersloh nunmehr im 2. Jahr angebotene Bürgerhaushalt, auf den ich anfangs große Hoffnungen gesetzt habe, hat hier keine Annäherung gebracht. Die Beteiligungsquote liegt in diesem Jahr Stand heute 10 Uhr nur bei 0,4 % der Bürger, selbst bei der populärsten Frage nach der Ausstattung des neuen Hallenbades sind nur 233 Bewertungen abgegeben worden, das sind weniger als 1/4 Prozent der Gütersloher Bevölkerung. Wenn

man die eingegangenen Vorschläge, die Beteiligungsquote, das Abstimmverhalten und die Kommentare mal insgesamt wertet, kann man daraus nicht ableiten, dass die Bürger sich für die umfassende finanzielle Lage ihrer Heimatstadt besonders interessieren oder gar einen Teil der Gesamtverantwortung dafür übernehmen wollen. Angesichts der Komplexität der Zusammenhänge fühlen sich die Bürger davon zu Recht überfordert. Das geringe Interesse liegt auch nicht am Medium Internet oder gar an der konkreten Ausgestaltung unseres Verfahrens, denn auch die Teilnahme an der im September angebotenen Bürgerversammlung war enttäuschend. Andere Städte machen ganz ähnliche Erfahrungen.

Große Beteiligung gibt es offenbar immer nur dann, wenn eigene Interessen berührt sind. Dies ist aber auch gar nicht zu kritisieren, sondern es ist zutiefst verständlich, dass der Bürger vor allem für seine eigenen Interessen eintritt. Dafür brauchen die Bürger aber offenbar keinen Bürgerhaushalt, denn dafür gibt es andere, häufig wirkungsvollere Instrumente.

So bleibt auch im 2. Jahr des Bürgerhaushalts die Frage offen, ob es jenseits von aktuellen und speziellen Wünschen auf mehr Leistungen aus dem städtischen Haushalt eine große schweigende Mehrheit in der Bürgerschaft gibt, die von Rat und Verwaltung erwarten, dass sie eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik machen und die Probleme nicht unerledigt in die Zukunft schieben.

Ich möchte gerne glauben, dass es für eine solide Haushaltspolitik mehr Unterstützung gibt als wir es langläufig erfahren. Und vielleicht hat auch manch protestierender Bürger im tiefsten Inneren Verständnis dafür, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Wie es aber auch immer sei, nach meinem Verständnis sind Rat und Verwaltung Sachwalter der öffentlichen Ressourcen, die auch und gerade darauf zu achten haben, dass diejenigen nicht zu kurz kommen, die sich nicht äußern können, nicht zuletzt die kommende Generation. Es ist nicht unsere Aufgabe, Bestellungen entgegen zu nehmen und ungeprüft auszuliefern. Bei beschränktem Budget ist jede Maßnahme sorgfältig abzuwägen und in einen Kontext mit anderen konkurrierenden Vorhaben und den finanziellen Möglichkeiten zu stellen.

Eine Entlastung bei der Entscheidung dieser schwierigen Abwägungsfragen dürfen wir von der Bürgerschaft nicht erwarten. Trotzdem wird Bürgerbeteiligung immer wichtiger. Die Bürger können wichtige Erkenntnisse in einen Entscheidungsprozess einbringen, die einen manchmal zum Umdenken veranlassen oder Kompromisse finden lassen. Jedes Bürgergespräch bietet zudem die Chance, die Gründe für eine möglicherweise ablehnende Entscheidung darzulegen und für eine differenzierte Sichtweise zu werben. Den Mut zur Entscheidung dort, wo keine Kompromisse zustande kommen, müssen Rat und Verwaltung aber haben und dürfen sich von noch so viel Druck nicht von ihrer Gesamtverantwortung abbringen lassen. Dafür möchte ich Ihnen als Ratsmitgliedern und uns als Verwaltung den Rücken stärken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!